

# 1 Inflation begrenzen & aktuelle Energiekrise bekämpfen

## 2 3 4 I. Auswirkungen der Inflationsspirale dämpfen

5  
6 Über viele Jahre hinweg war das Inflationsgeschehen in Deutschland stabil unter 2 Prozent.  
7 Die Teuerungsraten waren niedrig, die Verbraucherpreise moderat. Im Zuge der Konjunk-  
8 turerholung nach der Corona-Krise hat sich die Entwicklung der Verbraucherpreise für viele  
9 Volkswirtschaften zu einem ernsthaften Problem entwickelt. Die Inflation in Deutschland ver-  
10 zeichnet aktuell den höchsten Anstieg seit 50 Jahren. In den Monaten März, April, Mai und  
11 Juni dieses Jahres lag die Inflationsrate jeweils mehr als 7 % über dem jeweiligen Vorjahres-  
12 wert. Solche Inflationsraten gab es im wiedervereinigten Deutschland noch nie. Im Mai klet-  
13 terte der Verbraucherpreisindex – für die westlichen Bundesländer – sogar auf den höchsten  
14 Stand seit der ersten Ölkrise im Winter 1973/1974.

15  
16 Durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine sowie damit verbundener Lie-  
17 ferengpässe sind die Verbraucherpreise für viele Gütergruppen nochmals stark gestiegen und  
18 wirken sich in der Folge auch auf die Inflationsrate aus. Seit Monaten steigen die Verbraucher-  
19 preise stetig. Die Preise für Energieerzeugnisse sind im Juni 2022 um 38,0 % gegenüber dem  
20 Vorjahresmonat gestiegen und damit in einem ähnlichen Ausmaß wie in den vorangegange-  
21 nen Monaten. Auch die Preise für Nahrungsmittel stiegen mit +12,7 % stark an. Vermögens-  
22 und Kaufkraftverluste sind die Folge.

23  
24 Die zum Teil enormen Preissteigerungen haben sich zu einem erheblichen Alltagsproblem der  
25 Bürgerinnen und Bürger entwickelt. Die Heizölpreise haben sich im Vergleich zum Juni 2021  
26 nahezu verdoppelt, für Haushaltskunden erreicht der Gaspreis im Jahr 2022 nie geahnte Hö-  
27 hen. Gleiches gilt für das Tanken, durch den Wegfall des Tankrabatts hat sich zum 1. Septem-  
28 ber die Situation an den Tankstellen nochmals weiter verschärft.

29 Insgesamt betrachtet, machen Strom, Gas, Miete und Kraftstoffe mehr als ein Drittel des re-  
30 präsentativen Warenkorb aus, der letztlich zur Berechnung der Inflationsrate herangezogen  
31 wird.

32  
33 Die gestiegenen Energiekosten, wie auch die Material- und Lieferengpässe stellen auch die  
34 saarländische Industrie und insbesondere die mittelständische Wirtschaft vor enorme Heraus-  
35 forderungen. In vielen Fällen können die Kosten in der unternehmerischen Leistungskette nur  
36 unzureichend weitergegeben werden. Der dadurch bedingte Kostendruck gefährdet Arbeits-  
37 plätze und hemmt die Investitions- und Innovationskraft von Unternehmen. Dort wo die Wei-  
38 tergabe gestiegener Energiekosten gelingt, begünstigen Sekundäreffekte die Teuerungsspi-  
39 rale.

40  
41 An dieser Stelle ist auch die Europäische Zentralbank (EZB) in der Pflicht. Die EZB hat in enger  
42 Abstimmung mit den nationalen Zentralbanken des Eurosystems durch die Festlegung des

43 Leitzinses für eine umsichtige Geldpolitik und stabile Preise zu sorgen. Gerade jetzt gilt es,  
44 über eine geldpolitische Normalisierung Preisstabilität zu gewährleisten.

45

46 Ein erster wichtiger Schritt stellten die kürzlichen Zinsentscheidungen der EZB dar, wonach  
47 alle drei Leitzinssätze ab dem 27. Juli 2022 einen halben Prozentpunkt höher notieren.

48

49 Die Inflation wird aber auch durch eine ausufernde Staatsverschuldung begünstigt, zusammen  
50 führen Inflation und hohe Staatsverschuldung immer wieder zu Krisen. Die vorrausschauende  
51 Haushaltsführung der vergangenen Jahre ermöglichte mit Hilfe der gewonnenen Spielräume  
52 während der Corona-Pandemie schnelle, umfangreiche Hilfen und dadurch ein Abmildern der  
53 Krise. Um auch künftig bei Herausforderungen handlungsfähig zu bleiben und bei hoher Infla-  
54 tion gegensteuern zu können, müssen wir nach der immensen Staatsverschuldung aufgrund  
55 der Corona-Hilfen und der Schaffung eines schuldenfinanzierten Sondervermögens für die  
56 Bundeswehr zu einer soliden Haushaltspolitik zurückkehren. Unter dem Regime der Schulden-  
57 bremsen müssen neue Schulden - auch im Interesse der Geldwertstabilität - die absolute Aus-  
58 nahme bleiben.

59

60 Mehr denn je gilt es, die Inflation, die zu Wohlstandsverlusten und sozialen Verwerfungen  
61 führt, wirksam zu bekämpfen und auf nationaler Ebene einzudämmen. Insbesondere nachfol-  
62 gende Instrumente können zu einer merklichen Stabilisierung beitragen.

63

64 Daher fordern CDU-Landesvorstand und CDU-Landtagsfraktion:

65

66 - **Energiepreispauschale ausweiten**

67 Die Energiepreispauschale muss auch Rentnerinnen und Rentnern, Versorgungsemp-  
68 fängern, Studierenden sowie Beziehern von Lohnersatzleistungen, beispielsweise  
69 junge Eltern, zugutekommen. Weiterhin soll es für Haushalte mit mittleren und gerin-  
70 gen Einkommen eine Energiepauschale in Höhe von 1.000 Euro pro Kind geben, die in  
71 diesem und im kommenden Jahr ausgezahlt werden soll. Die Auszahlung der Energie-  
72 preispauschale über die Arbeitgeber stellt eine Verschiebung des bürokratischen Auf-  
73 wands auf die Arbeitgeber dar. Dies sollte eine absolute Ausnahme bleiben.

74 - **Mehrwert-/Umsatzsteuer**

75 Absenkung der Mehrwert-/Umsatzsteuer auf Strom-, Gas-, Heizöl und Fernwärmelie-  
76 ferungen für die Jahre 2022 und 2023 auf den europäischen Mindestsatz.

77 - **Eindämmung der kalten Progression**

78 Über die Anhebung des Grundfreibetrags hinaus muss der gesamte progressive Ein-  
79 kommensteuertarif angepasst werden, um mithilfe einer Dynamisierung die hohe In-  
80 flationsrate und zugleich die kalte Progression abzufedern.

81 - **Pendlerpauschale**

82 Anhebung der Pendlerpauschale ab dem ersten Entfernungskilometer auf 0,38 Euro.  
83 Darüber hinaus ist die Pendlerpauschale dynamisch an die Entwicklung der Kraftstoff-  
84 preise zu knüpfen.

85 - **Stärkere Rolle des Kartellamtes**

86 Wir fordern eine stärkere Rolle des Kartellamtes, bspw. durch eine Offenlegung der  
87 Algorithmen, die zur Festlegung der Kraftstoffpreise führen.

88 - **Solide Haushaltspolitik**

89 Gerade in Zeiten wie diesen ist eine solide Haushaltspolitik wichtiger denn je. Die Ein-  
90 haltung der Schuldenbremse unseres Grundgesetzes stellt dabei einen wichtigen Bau-  
91 stein dar, um nicht die Inflation durch ausufernde Staatsverschuldung noch weiter an-  
92 zuheizen.

93 **Instrumente zur Krisenbekämpfung auf Krisen begrenzen**

94 In Krisenzeiten, wie zuletzt der Corona-Pandemie und nun der Energiekrise, darf der  
95 Staat Bürger und Wirtschaft nicht allein lassen.

96 Staatliche Instrumente zur Krisenbekämpfung belasten aber ihrerseits die staatlichen  
97 Haushalte und greifen zulasten fairer Wettbewerbsbedingungen in die marktwirt-  
98 schaftliche Ordnung ein. Sie müssen auf das notwendige Maß begrenzt und von An-  
99 fang an befristet werden. Nur so vermeiden wir, dass mit jeder neuen Krise eine dau-  
100 erhafte Ausweitung des Staatsinterventionismus einhergeht. Bestehende Instrumente  
101 vergangener Krisen müssen konsequent zurückgeführt werden.

102

103

104 II. Bekämpfung der aktuellen Energiekrise

105

106 Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine stellt eine Zäsur innerhalb der  
107 europäischen Geschichte des 21. Jahrhunderts dar. Ein Angriff auch zur Destabilisierung un-  
108 serer westlichen Werte. Die europäischen Volkswirtschaften stehen vor der komplexesten  
109 wirtschafts- und energiepolitischen Fragenstellung unserer Zeit, deren tatsächliches Ausmaß  
110 sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschätzen lässt. Mehr denn je steht die Reduzierung  
111 einseitiger Abhängigkeiten im Fokus, um eine sichere und verlässliche Energie-, Lebensmittel-  
112 und Rohstoffversorgung zu gewährleisten.

113

114 Die aktuelle Situation stellt Deutschland insgesamt, aber insbesondere jedes einzelne Bundes-  
115 land vor große Herausforderungen. Hierzu zählen neben der grundsätzlichen Sicherstellung  
116 der Energieversorgung – bei gesteigerten Klimaschutzpolitischen Vorgaben – auch die Eindäm-  
117 mung der extrem gestiegenen Energiepreise aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger und der  
118 saarländischen Wirtschaft. Zudem muss es massive und zwingend notwendige Anstrengungen  
119 zu kurz- und langfristigen Energieeinsparungen in allen Sektoren und allen Zielgruppen geben

120

121 Insbesondere der beschleunigte Anstieg der Energiekosten führt bei einkommenschwäche-  
122 ren Haushalten in Relation zum Einkommen zu einer besorgniserregenden Mehrkostenbelas-  
123 tung. Die Nutzung von Strom im Alltag sowie die Nutzung des eigenen PKWs, um die Wege  
124 zwischen Wohnung und Arbeitsstätte zurückzulegen, dürfen nicht zum Luxus für die Bürgerin-  
125 nen und Bürger werden, ebenso wenig wie eine warme Wohnung.

126

127 Genauso sind bezahlbare Energie und Mobilität wesentliche Wettbewerbsbedingungen für  
128 unsere mittelständische Wirtschaft. Von ihnen hängen Wachstum und die Sicherung von Ar-  
129beitsplätzen ab.

130

131 Deshalb fordern wir zur Abfederung der dramatisch steigenden Energiepreise seitens des Bun-  
132 des schnellstmöglich die Umsetzung folgender Maßnahmen:

133

134 - **Gasumlagen stoppen**

135 Die vom Bund beschlossenen Gasumlagen in Höhe von rund 3,05 Cent pro kWh setzen  
136 sich aus der Gasbeschaffungs-Umlage in Höhe von ca. 2,4 Cent pro kWh und der Bilan-  
137 zierungsumlage in Höhe von 0,57 Cent pro kWh zusammen. Diese Umlagen stellen  
138 eine enorme zusätzliche Belastung für die Gaskundinnen und Gaskunden dar, welche  
139 bereits ohne die Umlagen unter den rasant gestiegenen Energiepreisen leiden. Auch  
140 profitieren von den Umlagen nach dem Gießkannenprinzip in der jetzigen Form auch  
141 Unternehmen mit hohen Gewinnen. Für uns ist klar, dass der Staat in dieser schwieri-  
142 gen Lage unverschuldet in Not geratene Energieunternehmen unterstützen muss. Dies  
143 muss jedoch zielgerichtet und ggf. per Einstieg mit Eigenkapital, wie bereits beim Un-  
144 ternehmen Uniper geplant ist, erfolgen. Die kurzfristige Bewältigung der Energiekrise  
145 ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung und darf nicht einseitig auf den  
146 Schultern von Gaskundinnen und Gaskunden ausgetragen werden.

147 - **Aufbau einer LNG-Terminal-Struktur**

148 Um russisches Gas adäquat zu ersetzen, muss der Aufbau von mindestens 3 LNG-Ter-  
149 minals in Deutschland schnellstmöglich vorangetrieben werden. Hier gilt es, bürokrati-  
150 sche Hürden abzubauen sowie Planungs- und Genehmigungsverfahren zu verkürzen.  
151 Nur so kann der Einsatz bis zum Jahre 2024 garantiert werden.

152 - **Brückenplan Gas**

153 In den kommenden Wochen, Monaten und Jahren muss ein strikter Plan zur Reduzie-  
154 rung von Gas erarbeitet werden. Diversifikationsmöglichkeiten müssen eruiert sowie  
155 Lösungen aufgezeigt werden, wie Gas langfristig substituiert werden kann. Wir fordern  
156 ein bundesweit einheitliches Vorgehen des öffentlichen Sektors.

157 - **Stromsteuer**

158 Absenkung der Stromsteuer auf den EU-rechtlich zulässigen Mindeststeuersatz von 1  
159 €/MWh bei nicht gewerblicher Nutzung, auf 0,5 €/MWh bei gewerblicher Nutzung.

160 - **Ein Preisdeckel auf den Grundbedarf als Energiegrundsicherung**

161 Wir unterstützen die Idee der CDU Deutschland zur Einführung einer Energiegrundsicher-  
162 ung. Dabei handelt es sich um einen Energiepreisdeckel für den Strom- und Gas-  
163 Grundbedarf. Der Preis für den Grundbedarf an Strom und Gas soll sich dabei an den  
164 jeweiligen Kosten im Jahr 2021 orientieren. Damit verbunden ist auch ein Anreiz zum  
165 Energiesparen, da ein über den Grundbedarf hinausgehender Verbrauch nicht vom  
166 Energiepreisdeckel abgedeckt wird und Bürgergutscheine eingeführt werden sollen,  
167 die Einsparungen im Vergleich zum Vorjahr mit 20 Cent pro eingesparter kWh beloh-  
168 nen.

- 169 - **Energiepreisdeckel für Unternehmen**  
170 Einführung eines wettbewerbsfähigen Strompreises für energieintensive Unterneh-  
171 men. Im Jahr 2021 war Deutschland das Land mit den höchsten Gewerbe- und Indust-  
172 riestrompreisen in Europa, was der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen schad-  
173 et. Gerade Unternehmen in Grenzregionen wie dem Saarland leiden besonders unter  
174 diesen Abweichungen, die sich aktuell durch Gas- und Strompreisbremsen in Frank-  
175 reich vergrößern.
- 176 - **Strompreis bremsen**  
177 Die Strompreisbildung ist in eine Schiefelage geraten. Aktuell wird der Strompreis durch  
178 den explodierenden Preis der Gasverstromung bestimmt. Ein Strommarktdesign, das  
179 sich bei der Preisbildung an der teuersten erzeugten Kilowattstunde orientiert (Merit-  
180 Order-Prinzip), wird durch kriegsbedingte Gaspreise verzerrt. Diese krisenbedingte  
181 Verzerrung muss dringend korrigiert werden. Die Gasverstromung soll aus der Strom-  
182 preisbildung herausgelöst werden. Wir wollen das Merit-Order-Prinzip erhalten und  
183 Strompreistreiber Gas aus dem Preissystem entfernen bzw. den Großhandelspreis dek-  
184 ckeln. Das hätte sofort eine dämpfende Wirkung auf die Strompreisbildung und würde  
185 die Wirtschaft und besonders den Mittelstand entlasten.
- 186 - **Strom- und Energiesteuererstattung**  
187 Anstoß zu einer Reform inklusive Ausweitung der Möglichkeiten zur Strom- und Ener-  
188 giesteuererstattung für Unternehmen des produzierenden Gewerbes.
- 189 - **Kernkraftwerke**  
190 Aus unserer Sicht gilt es, technologieoffen und ideologiebefreit alle gegebenen recht-  
191 lichen, technischen und betriebswirtschaftlichen Möglichkeiten zu nutzen. Wir fordern  
192 einen zeitlich befristeten Weiterbetrieb von Kernkraftwerken zur sicheren und CO2-  
193 armen Stromversorgung in den kommenden Jahren. Technisch, personell und rechtlich  
194 ist der Weiterbetrieb der drei Kernkraftwerke am Netz möglich, wenn jetzt die richti-  
195 gen Weichenstellungen vorgenommen werden. Auf europäische Solidarität kann die  
196 Bundesrepublik Deutschland nur dann hoffen, wenn der Bund den energiepolitischen  
197 und ideologischen Alleingang schnellstmöglich beendet.
- 198 - **Kohlekraftwerke**  
199 Wir unterstützen die Entscheidung des Deutschen Bundestages, für eine Übergangs-  
200 zeit mehr Kohlenkraftwerke einzusetzen, um Gas bei der Stromgewinnung einzuspa-  
201 ren.

202  
203 Auch die Landesregierung steht bei der Bewältigung der Energiekrise in der Pflicht und muss  
204 entschlossener als bislang tätig werden, insbesondere bei den folgenden Punkten:

- 205  
206 - **Gipfel zur Energiekrise**  
207 Das Saarland muss sich auf den Energiekrisen-Winter vorbereiten: dazu braucht es ei-  
208 nen saarländischen „Gipfel Energie-Krise“, bei dem wie zum Beispiel in Baden-Würt-  
209 temberg alle wichtigen Kräfte, wie Kommunen, Arbeitgeber und Gewerkschaften,  
210 Handwerk sowie Energieversorger und die Verbraucherschutzverbände gemeinsam

211 mit der Landesregierung beraten. Ziel muss dabei auch sein, gemeinsam landesweit  
212 einheitliche Regelungen für Energieeinsparmaßnahmen in Einrichtungen der öffentli-  
213 chen Hand zu finden. Darüber hinaus fordern wir einen Bund-Länder-Energiekrisen-  
214 stab zur besseren Koordinierung zwischen beiden Ebenen.

215 - **Dörfer, Stadtquartiere und soziale Einrichtungen winterfest machen**  
216 Wir wollen in Land und Kommunen gemeinsam unsere Dörfer und Stadtquartiere  
217 „winterfest“ machen. Für unsere Vereine in Sport und Kultur, für unsere Schulen und  
218 für das soziale Miteinander wollen wir Räume für Trainings- und Treffmöglichkeiten  
219 durch gemeinsame Koordinierung im Winter bewahren. Eine intensivere Zusammen-  
220 arbeit der öffentlichen Hand, aber auch beispielsweise Kirchen muss schnell vom Land  
221 intensiv unterstützt werden.

222 - **Ausbauoffensive PV auf öffentlichen Dächern und ehemaligen Bergbauflächen**  
223 Großes Potential für den Ausbau erneuerbarer Energien stellen nicht zuletzt die Dach-  
224 flächen der öffentlichen Gebäude dar. Land und Kommunen können damit einen we-  
225 sentlichen Beitrag zur mittelfristigen Bewältigung der Energiekrise leisten, ohne dass  
226 es zu Zielkonflikten beispielsweise mit Natur- und Artenschutz kommt. Um deren Ver-  
227 wirklichung zu beschleunigen, fordern wir die Einrichtung einer Taskforce PV durch die  
228 LEG kommunal, die Städte und Gemeinden bei der Verwirklichung projektsteuernd un-  
229 terstützt. Von der Erstellung des Dachkatasters über die rechtliche Umsetzung bis zur  
230 Ausschreibung und Vergabe der notwendigen Gewerke kann das Land durch die LEG  
231 kommunal gerade kleine und mittlere Kommunen effizient unterstützen. Auf eigenen  
232 Dachflächen muss das Land ebenso vorgehen, um deren Energiepotentiale schnell  
233 nutzbar zu machen.

234 - **Schutzschirm für Stadtwerke**  
235 Wir müssen sicherstellen, dass Stadtwerke im Winter weiter Gas liefern können. Wir  
236 brauchen einen Schutzschirm für unsere kommunalen Energieversorger, vor allem die  
237 Stadtwerke. Hier ist die Landesregierung in der Pflicht. Viele Stadtwerke verkaufen zur-  
238 zeit ihr Gas über langfristige Lieferverträge an ihre Kunden – dadurch sind sie noch  
239 lange Zeit an niedrigere Verkaufspreise gebunden. Beim Einkauf auf dem Gasmarkt  
240 müssen sie aber inzwischen deutlich höhere Preise zahlen. Zudem droht, dass Privat-  
241 kunden und Unternehmen ihre Rechnungen nicht mehr zahlen können und Stadt-  
242 werke dadurch in eine finanzielle Schieflage geraten.

243 Die saarländischen Städte und Gemeinden sind angesichts ihrer angespannten Haus-  
244 haltslage nicht in der Lage, ihre kommunalen Energieversorger im Falle einer schweren  
245 Krise zu unterstützen. Daher ist ein Schutzschirm im Saarland besonders notwendig.

246 - **Energieversorgungsplan Saarland**  
247 Basierend auf dem neuesten Zahlen- und Datenmaterial (steigender Strombedarf,  
248 technische Entwicklungen) muss ein Energieversorgungsplan für das Saarland konzi-  
249 piert werden; zudem sind entsprechende Förderprogramme für Privathaushalte (So-  
250 lar, PV,...) sowie die saarländische Industrie und Wirtschaft auf den Weg zu bringen.